

Pressemappe



Pressekonferenz

11. Jänner 2018, 10.00 Uhr, 1010 Wien, Cafe Prückel

Thema:

Was Türkis-Blau NICHT angehen will

Mag. Christian EBNER
Obmann FreeMarkets.AT

FreeMarkets.AT - parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

Kontakt:

c/o Elpis Consulting GmbH
Gerlgasse 2/4
A-1030 Wien
eMail: office@FreeMarkets.AT
WWW: www.FreeMarkets.AT

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

Was Türkis-Blau NICHT angehen will

Das türkisblaue Regierungsprogramm wurde von der Opposition erwartungsgemäß kritisiert. Oft ist aber das, was verschwiegen oder ausgelassen wird, spannender als das Gesagte. Wir bieten einen Blick auf die Reformen, die Türkis-Blau nicht angehen will, obwohl sie für die wirtschaftliche Gesundheit Österreichs wichtig wären.

Nach Jahrzehnten linker Dominanz hat Österreich nicht nur eine bürgerlicher Regierung, sondern auch eine bürgerliche Verfassungsmehrheit. Diese bürgerliche Verfassungsmehrheit sollte umfassend für ehrgeizige Reformen genutzt werden.

Bei vielen Dingen kann man sich durchaus auch an anderen Ländern orientieren, nachmachen ist keine Schande, wir müssen nicht das Rad nochmals erfinden ...

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

Entlastung bei Steuern und Abgaben

- Wir fordern generell eine **Abschaffung der Doppelsteuer-Besteuerung der Unternehmen**, wie in der Schweiz sollen nur die Unternehmensgewinne besteuert werden, nicht aber die Gewinnausschüttungen von inländischen Kapitalgesellschaften
 - o Max. kurzfristiger Steuerentfall 800 Mio.
 - o KöSt Aufkommen 6,3 Mio. – d.h. wenn dieses nur um 12,5% steigt hat sich der Entfall der Steuer selbst finanziert
- Zentrale Strukturprobleme hinsichtlich der extrem **hohen Lohnnebenkosten** müssen endlich angegangen werden – weg mit dem **Lohnnebenkosten-Wirrwarr**

Lohnnebenkosten in Mio. €	vom Bruttolohn	Aufkommen	Maßnahme	Einsparung	Höhe neu	Bedeckung durch Bund
Arbeitskammer-Umlage	0,5%	439,0	-50%	219,5	219,5	
Zuschlag für den Dienstgeberbeitrag (Kammerumlage 2 WK)	je nach Bundesland	316,0	-70%	221,2	94,8	
Wohnbauförderungsbeitrag	1,0%	878,0	abschaffen	878,0	0	
Dienstgeberabgabe der Gemeinde Wien (U-Bahn Steuer)		60,0	abschaffen	60,0		
Kommunalsteuer	3,0%	2.634,0	zu Bund			2.634,0
Dienstgeberbeitrag für den Familienlastenausgleichsfonds	3,9%	3.424,2	zu Bund			3.424,2
Summe		7.751,2		1.378,7		6.058,2
Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung in Mio €	2016					
zur Pensionsversicherung	9.700,0					
zur Krankenversicherung	300,0					
Gesamt	10.000,0					
Differenz für Steuerreform nutzen						3.941,8

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

- Sofort-Entlastungen
 - Je rund 200 Mio. Einsparungen bei Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer
 - Abschaffung der Wohnbauförderung
 - Abschaffung der Wiener U-Bahn-Steuer – die Stadt Wien kann 60 Mio. leicht einsparen
 - Wir fordern auch mehr Wahlfreiheit Arbeitslosenversicherung (sehr missbrauchsanfällig und daher teuer - 6% vom Bruttolohn)
 - derzeit ist die Arbeitslosenversicherung nur für Selbständige freiwillig, Arbeitnehmer soll genauso viel Wahlfreiheit bekommen, d.h.
 - Arbeitslosenversicherung wie bisher
 - Private Arbeitslosenversicherung
 - Oder keine Arbeitslosenversicherung – Mindestsicherung
 - Schaffung von Kostentransparenz als Grundlage für große Reformen
- Insgesamt **1,4 Mrd Soforteinsparung** für Arbeitgeber und Arbeitnehmer

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

- **4 Mrd. Einsparung für Budget für Einkommenssteuer-Reform** nutzen, die jedenfalls folgende Eckpunkte umfassen soll:
 - **Abschaffung der kalten Progression**
 - **Abschaffung der Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts**
 - **Höchststeuersatz auf 40% senken** (bürgerliche Verfassungsmehrheit nutzen!)

	Steuersatz	Belastung auf Jahresbasis
Über 11.000 Euro bis 18.000 Euro pro Jahr	25%	22,0%
Über 18.000 Euro bis 31.000 Euro pro Jahr	35%	30,8%
Über 31.000 Euro bis 60.000 Euro pro Jahr	42%	37,0%
Über 60.000 Euro bis 90.000 Euro pro Jahr	48%	42,2%
Über 90.000 Euro bis 1 Million Euro pro Jahr	50%	44,0%
Über 1 Million Euro pro Jahr	55%	48,4%

Gleichzeitig Lohnreform:

- Positiv: die Regierung hat beschlossen, dass zukünftig die ganze Wahrheit auf den Lohnzettel kommt – d.h. auch die Dienstgeber-Abgaben
- Auszahlung des Jahresgehalts in 12 gleichen Monatsgehältern
 - Einfachere Lohnverrechnung
 - Klarheit im internationalen Vergleich

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

- **Österreich hat ein sauteures und rückständiges Pensionssystem**
 - Kosten derzeit 13 % des BIP (OECD-Schnitt 8,7% des BIP)
 - Wir fordern Pensionsautomatik und versicherungsmathematisch durchgängige Abschläge für Frühpensionisten und Zuschläge für Spätpensionisten
 - Mittelfristig ist ein System wie in der Schweiz anzustreben, dass in ausgewogenem Maß auf Umlagesystem und Eigenvorsorge setzt
- **Freie Wahl der Krankenversicherung** ähnlich wie in der Schweiz
 - Jeder Versicherte soll wählen können - Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte und andere Freiberufler dürfen das in Österreich schon jetzt
- **Recht auf Selbständigkeit**
 - Positiv: Regierung hat beschlossen, dass Lohnabgaben nur mehr von Finanzämtern und nicht durch Gebietskrankenkassen einzuheben sind
 - Finanzämter sollen nicht mehr entscheiden dürfen ob jemand selbständig ist
 - durch die von uns geforderte Bereinigung der Lohnnebenkosten haben die Finanzämter auch kein Interesse mehr Selbständige zu Arbeitnehmern zu machen

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

Positiv haben wir vermerkt, dass die Regierung die Bürokratie abbauen und somit die Behördenwillkür abbauen will. Wir haben diesbezüglich folgende Vorschläge, die vor allem auch darauf abzielen, dass Unternehmer und Geschäftsführer nicht mehr für Dinge haften sollen, die sie nicht verbrochen haben.

Auftraggeberhaftung:

Hier entzieht sich der Gesetzgeber ganz einfach seiner Verantwortung zur Kontrolle.

Lohndumpinggesetz

Ein klassisches Beispiel wie man ein Gesetz nicht machen sollte. Alleine die Erläuterung der Wirtschaftskammer zu dem Gesetz hat einen Umfang von 43 Seiten. Auch hier entzieht sich der Gesetzgeber seiner Verantwortung und wälzt alles auf die Unternehmer ab ...

Geschäftsführerhaftung

Wo es trotz Rechtsform GMBH Haftungen für GF gibt: Strafrecht und Verwaltungsstrafrecht. Gerade im Verwaltungsstrafrecht gibt es gefährliche Bereiche wie etwa den ArbeitnehmerInnenschutz. Sechsstellige Strafen sind hier möglich und werden verhängt. Und, es gibt auch das Kumulationsprinzip; bei mehreren Verstößen werden mehrere Strafen nebeneinander verhängt. Ein weiteres Schmankerl ist die Tatsache, dass diese Haftung auch rückwirkend greifen kann. Gerade bei Insolvenzverfahren wird gerne eine rückwirkende Haftung, also für die Zeit vor dem Ausscheiden des GF aus der GMBH, zur Anwendung gebracht.

FreeMarkets.AT

parteiunabhängige Interessensvertretung für Unternehmer und Manager

eMail: office@FreeMarkets.AT

WWW: www.FreeMarkets.AT

Wechselt der Geschäftsführer so haftet der scheidende Geschäftsführer nur 60 Tage über Übergabe der Geschäftsführung, ab dann haftet der Neue, auch für Dinge, die der ehemalige Geschäftsführer getan hat. Dies muss beendet werden, jeder Geschäftsführer soll nur für Dinge haften, die er persönlich zu verantworten hat. - Sanierungsgewinn !!!

Geldwäscherichtlinie

Ein privater Verein in den USA (FATF Financial Action Task Force) hat Richtlinien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erlassen, die von der EU blind übernommen wurden. Das bedeutet für uns, dass z.B. Barverkäufe von mehr als 10.000.- Euro genau dokumentiert werden müssen.

Als Händler muß ich meinen Kunden fragen, ob er das Geld durch illegale Geschäfte wie Drogenhandel erwirtschaftet hat oder ob der Kauf gar der Geldwäsche dient. Jeder kann sich vorstellen wie die Antwort ausfallen wird. Ein weiterer Punkt ist die Dokumentation an Geschäfte mit PEPS (politisch exponierte Personen).

Auch hier ein Punkt der nicht administrierbar ist ...

Mehr Rückgrat gegenüber Brüssel

- Geoblocking – die Pflicht an jeden EU-Bürger zu verkaufen, begünstigt Großkonzerne
- Konsumentenschutz - Erweiterung der Gewährleistung
- Abschaffung des Ladenschluss-Gesetzes
 - o Ärzte, Krankenschwestern, Polizisten, Straßenbahnfahrer arbeiten auch am Sonntag ...
 - o Es gibt wohl auch viele Handelsangestellte die gerne bereit wären am Sonntag zu arbeiten